



Siebtes Gesetz zur Änderung des Thüringer Landeswahlgesetzes (Gesetz zur Absenkung der Sperrklausel)

Gesetzentwurf der Fraktion der AfD

- Drucksache 6/3940 -

ERSTE BERATUNG

Abgeordneter Brandner, AfD:

Ja, meine Damen und Herren, Herr Blechschmidt, das Parlament funktioniert auch mit 30 Prozent leeren Plätzen, wie sehen. Schauen Sie sich einfach mal die CDU und die SPD an. Genauso funktioniert es dann auch, wenn der Landtag von sich aus kleiner wäre. Wenn Sie ins Saarland schauen, sehen Sie auch, dass ein kleinerer Landtag problemlos funktioniert.

(Zwischenruf Abg. Harzer, DIE LINKE: Sie haben ja gar nicht zugehört!)

Also, warum Sie hier Angst verbreiten und Angst schüren, Panik machen, verstehe ich nicht, muss ich ganz ehrlich sagen.

(Unruhe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es geht um eine ganz normale Frage, wie das Wahlrecht aufgefasst wird und ausgestaltet wird oder nicht. Abgesehen davon ist es ein reizvoller Gedanke – der steht ja auch, wenn ich mich recht erinnere, in unserem Bundeswahlprogramm –, dass wir die Wahlen davon abhängig machen wollen, wie viele absolute Stimmen letztendlich erreicht werden. Das gab es in der Weimarer Republik schon einmal – das hat sich eigentlich bewährt –, was dann zur Folge hätte, dass bei 40 Prozent Wahlenthaltung tatsächlich auch möglicherweise nur 60 Prozent der Plätze belegt werden. Wenn das dann so ist, dann ist das der Wählerwille und kein anderer. Der Wähler letztendlich, das ist der Stimmbürger und der Bürger hat die Macht in diesem Staat. Was der will, kann der machen. Also, ich weiß gar nicht, warum Sie dem Bürger da weitere Vorschriften machen wollen. Der Bürger ist der Souverän und wenn er das so machen möchte und sagt, die Hälfte vom Landtag reicht, dann ist das halt seine freie Entscheidung.

(Beifall AfD)

Meine Damen und Herren, der Keim der Ungerechtigkeit und der Webfehler im Thüringer Wahlrecht ist bereits da angelegt worden, wo das Wahlrecht hier in Thüringen geschaffen wurde. Allein der Umstand, dass das Wahlgesetz ursprünglich aus der Feder der Landesregierung stammt, lässt

das deutlich werden. Es müsste eigentlich das ureigene Interesse eines Parlaments sein, das Wahlverfahren selbst und aus eigenem Antrieb zu regeln. Doch darauf legten die Abgeordneten damals hier im Thüringer Landtag keinen Wert. Man ließ sich von der Landesregierung das Wahlgesetz quasi in das Gesetzgebungsverfahren hineindikieren. Da hätte man eigentlich schon von Anfang an skeptisch sein müssen. Denn jedem muss klar sein, dass die Exekutive ein ganz eigenes Verhältnis zur Repräsentation des Volkes, also zur Legislative hat. Und jeder weiß, dass die Exekutive die Legislative immer schon als eher hinderlich empfunden hat. Dafür müssen Sie gar nicht in den Bundestag schauen, der sich ja in seiner Eurorettungspolitik von Frau Merkel hat völlig entmannen und entfrauen lassen. Es reicht schon ein Blick auf die häufig verspäteten Antworten dieser Landesregierung auf Abgeordnetenfragen, um zu sehen, dass dieser Landesregierung das Parlament und Abgeordnete zumindest als sehr lästig erscheinen. Es ist das gute Recht der Landesregierung, Abgeordnete als lästig zu betrachten. Aber ein starkes, selbstbewusstes Parlament muss und sollte sich das keineswegs gefallen lassen.

(Beifall AfD)

Denn vom Volk frei gewählt und damit demokratisch legitimiert sind schließlich nur wir Abgeordnete und nicht die obersten Angestellten dieses Freistaats, also alle in der Regierung von Herrn Ramelow abwärts. Nicht umsonst fängt das Wort „Minister“ mit „Mini“ an.

(Heiterkeit AfD)

Bestätigt wird der Eindruck natürlich, wenn man hier in das „Mini“-sterrund hineinschaut, dass also der Minister nicht der Chef im Ring ist, sondern der Chef im Ring ist der frei gewählte Abgeordnete, meine Damen und Herren.

Die Sperrklausel wurde damals und wird auch heute – wir haben es ja vorhin schon gehört – damit gerechtfertigt, dass dadurch Splitterbildung vermieden würde, denn dies könne dazu führen, dass die Willensbildung des Landtags oder der Parlamente in erheblicher Weise und in erheblichem Maße gefährdet würde. Ewig die gleiche Leier, meine Damen und Herren, aber bekanntlich werden falsche Aussagen dadurch auch nicht ansatzweise richtiger, wenn man sie beständig oder – wie Sie so gern sagen – nachhaltig wiederholt. Denn bis heute sind die Befürworter der 5-Prozent-Sperrklausel den Beweis schuldig geblieben, dass das politische System bei einer 3-Prozent-Hürde beispielsweise an Stabilität verlieren würde. So wären jetzt beispielsweise in diesem Landtag bei einer 3-Prozent-Klausel nicht fünf, sondern sechs Parteien im Parlament, also gerade mal eine mehr. Sechs Parteien im Parlament fanden sich übrigens auch von 2009 bis 2014 im Sächsischen Landtag, sechs Parteien sitzen derzeit im Brandenburger Landtag und auch diese Staaten funktionieren noch, von Instabilität keine Spur. Bei der Landtagswahl 1955 in Niedersachsen fand übrigens gar keine Sperrklausel Anwendung, was nicht weniger als acht Parteien im Parlament zur Folge hatte und auch das führte nicht zu einem Untergang des Landes Niedersachsen, das gibt es bekanntlich noch immer.

Allein diese wenigen Beispiele zeigen: Als Garant für Stabilität braucht es mitnichten eine Sperrklausel und schon gar keine mit 5 Prozent.

(Beifall AfD)

Das sah übrigens auch das Bundesverfassungsgericht – Herr Blechschmidt hat es erwähnt – mit seinen Entscheidungen zum Europawahlverfahren so. Wäre denn nicht für noch mehr Stabilität in Parlamenten gesorgt, wenn zum Beispiel wie in der so demokratischen Türkei, mit der ja die CDU gern herumkelt, eine 10-Prozent-Klausel eingeführt würde? Das wäre dann richtig stabil, denke

ich, hätte allerdings für den aktuellen Landtag den Nachteil, dass die Damen der Grünen wahrscheinlich sämtlich arbeitslos wären. 10-Prozent-Sperrklausel hätte den Effekt, dass Herr Adams wahrscheinlich wieder bei Frau Göhring-Eckhardt angestellt wäre und katzbuckeln müsste, Herr Kobelt wäre wahrscheinlich bei der Familienpartei und stellvertretender Generalsekretär in Thüringen

(Heiterkeit AfD)

und Herr Olaf Müller müsste sich wieder ausschließlich darauf konzentrieren, die Landschaft mit Windrädern zu verschandeln. Das sind Aussichten, sage ich mal, die uns von der AfD jetzt keine Angst einjagen, aber wollten Sie von den Altparteien wirklich auf den grünen Anhang hier verzichten? Ich glaube nicht. Das wäre wirklich das Problem zu hoher Sperrklauseln.

(Beifall AfD)

Bei einer 5-Prozent-Sperrklausel – sollte es dabei bleiben – sieht es nicht anders aus. Sie sehen, mit der Sperrklausel verhindern Sie den Einzug neuer und kleiner Parteien, aber auch angegrauter, ehemals grüner Altparteien ins Parlament. Seien wir mal ehrlich, auch die SPD in Thüringen müsste zittern, bliebe es bei der 5-Prozent-Sperrklausel, denn Gera macht es ja vor, da sind sie wirklich nur noch knapp darüber. Was aus Ihnen allen von der SPD würde, wenn das nichts mehr wird mit Ihrem Einzug in den Landtag, das wage ich mir gar nicht vorzustellen. Bei den Grünen war das relativ einfach, also bei Ihnen hätte ich ganz große Bedenken. Beim Oskar wüsste ich, der stünde wahrscheinlich zwei Tage später vor unserer Landesgeschäftsstelle und würde sagen: Leute, lasst mich rein. Bei den anderen weiß ich es nicht, ich will es mir auch gar nicht vorstellen.

(Beifall AfD)

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Kommen Sie sich nicht selbst albern vor?)

Klar ist, je höher die Sperrklausel, desto eher werden auch neue gesellschaftliche Strömungen vom politischen Prozess ausgeschlossen. Herr Höhn, was sagten Sie da gerade? Herr Höhn möchte auch zu uns zur Landesgeschäftsstelle kommen, habe ich das richtig verstanden?

(Zwischenruf Abg. Hey, SPD: Das lesen Sie dann im Protokoll!)

Meine Damen und Herren, wir wollen ja wieder ernsthaft werden.

Die Panik stand Ihnen ins Gesicht geschrieben, Frau Marx, oder? Haben Sie Ihre blass-blaue Zukunft vor sich gesehen? Das kann schneller gehen, als man denkt.

Bei den letzten beiden Landtagswahlen hat die Sperrklausel in Thüringen jeweils über 90.000 Wähler um ihre Stimme gebracht. Die Stimme war abgegeben und damit weg. Das waren rund 10 Prozent der insgesamt abgegebenen Stimmen. Mit der von uns vorgeschlagenen Regelung – mit der ich nicht ganz glücklich bin, aber es ist, glaube ich, ein vernünftiger Kompromiss, sich auf 3 Prozent zu verständigen – hätten deutlich weniger Wähler ihre Stimme verloren, eine Stimme, die nichts bewirkt hat. Wobei ein wichtiger Grund für diese Wahlenthaltung – Herr Blechschmidt hatte es angesprochen – ja gerade das Gefühl der Wähler ist, nichts wirklich beeinflussen zu können und mit einer einzelnen Stimme nichts ausrichten zu können. Wenn dann noch Zehntausende von Stimmen gar keinen Erfolg haben, frustrieren Sie natürlich die Wähler weiter.

(Beifall AfD)

Die Menschen draußen monieren außerdem, dass es keine Parteien gibt, die ihre Interessen vertreten. Die Sperrklausel ist ein wesentlicher Faktor, der genau zu dieser Situation führt. Die Sperrklausel verödet die politische Landschaft, weil sie die Etablierung kleinerer und neuer Parteien verhindert. Ein klassisches Beispiel für die Verödung der politischen Landschaft in Thüringen war ja der Thüringer Landtag bis zum Oktober 2014.

(Beifall AfD)

Ich erinnere daran: Das war der Monat, in dem sich der Landtag mit einer starken AfD-Fraktion konstituiert hat.

Wenn Sie also weiter an der Sperrklausel vor allem in dieser Höhe festhalten, verhindern Sie ein wirklichkeitsnäheres Abbild politischer Vielfalt und tragen weiter zum Legitimationsverlust des Parlaments bei.

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Nein, dazu tragen Sie bei mit Ihren Reden hier!)

Übrigens, als Grüne und Linke noch nicht von der Macht verblendet und an den Trögen derselben waren, sondern hoffnungsfroh in die Zukunft schauten, sprachen sie sich noch gegen die Sperrklausel aus. Können Sie sich daran noch erinnern, meine Damen und Herren?

(Zwischenruf Abg. Möller, AfD: Ist so lange her!)

Aber heute werden wir – es haben ja noch nicht alle geredet, aber ich denke mal, das wird nicht besser – Zeugen beispielloser politischer Demenz bei den Grünen und vor allem bei den Linken.

(Beifall AfD)

Nichts von dem, was Grüne und Linke in der heutigen Debatte bereits gesagt haben oder noch sagen werden – ich schaue noch mal in die Zukunft –, stimmt mit dem überein, was sie ehemals ihren Wählern versprochen haben.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wir haben dahingehend nichts versprochen!)

So sprach sich Die Linke – oder wie sie damals hießen, PDS wahrscheinlich – bei der Verabschiedung des Wahlgesetzes in Thüringen gegen die 5-Prozent-Sperrklausel aus. Heute, Herr Blechschmidt, haben wir von Ihnen schon genau das Gegenteil gehört – politische Demenz.

(Unruhe DIE LINKE)

(Zwischenruf Abg. Blechschmidt, DIE LINKE: Können Sie das Datum noch nennen?)

Das war bei der Verabschiedung. Das war Anfang der 90er-Jahre oder? Da müssten Sie schon auf der Welt gewesen sein, denke ich mal, aber vielleicht haben Sie da noch am Schredder gestanden und haben Ihre Akte da reingeschoben. Herr Blechschmidt, das ist alles denkbar.

(Unruhe DIE LINKE)

(Beifall AfD)

Bei den Linken ist das nichts Neues und bei den Grünen auch nicht. In so ziemlich jedem Themenfeld, was wir von hier vorn bearbeiten, alles, was Abgeordnetenrecht und Wahlrecht angeht, möchte Die Linke und möchten die Grünen nicht mehr an das erinnert werden, was einmal ihre Kernforderungen, ihre ureigensten Forderungen waren.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das stimmt nicht!)

Politische Demenz pur, Wählertäuschung pur, Sie verarschen die Leute draußen. Anders kann man das gar nicht sagen.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Jetzt reicht es! Haben Sie das im Präsidium gehört?)

Bei den Grünen, Frau Rothe-Beinlich, Sie haben sich doch auch eingerichtet da in Ihrer Fraktion und scheuen inzwischen jede politische Konkurrenz – jetzt gehen Sie mir bloß nicht an die Gurgel.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ich fasse so etwas nicht an!)

Anders lässt sich für mich nicht erklären, wie die Grünen bei ihrer damaligen Vorstellung zur Vereinigung der 5-Prozent-Klausel vorgegangen sind. Und ein Pro-Redner, der damals gegen die 5-Prozent-Klausel gesprochen hat, sitzt heute – gerade nicht, aber er sitzt gelegentlich – auf der Regierungsbank, Staatssekretär Olaf Möller, der hat sich damals dafür starkgemacht, dass gerade diese Hürde nicht gelten soll. Also auch da politische Demenz und Verarschung der Wähler, meine Damen und Herren.

(Zwischenruf Abg. Hey, SPD: Das gibt es doch gar nicht!)

Vizepräsidentin Jung:

Jetzt, Herr Brandner, ich habe lange tief Luft geholt, aber Ihre Unterstellungen, die Sie hier pausenlos machen, rüge ich jetzt. Wenn Sie das noch mal tun, gebe ich Ihnen wieder einen Ordnungsruf,

(Unruhe SPD)

weil „politische Verarschung“ gehört nicht in das Haus und dass Menschen Akten schreddern ist auch eine bössartige Unterstellung.

(Beifall DIE LINKE)

Abgeordneter Brandner, AfD:

Frau Jung, es ist in Ordnung. Das Einatmen habe ich gehört die ganze Zeit, ich dachte schon, was weht hier für ein Sturm.

Meine Damen und Herren, was heißt es nun, wenn mehr Parteien im Parlament vertreten sind? Es bedeutet nicht nur eine größere Vielfalt an politischen Strömungen und Meinungspluralismus, es bedeutet nicht nur, dass neue und kleine Parteien im Parlament eine Chance bekommen. Mit einer höheren Anzahl von Parteien und Meinungen hier im Hohen Haus steigt auch die Wahrscheinlichkeit, dass die Politikinhalt dieser Parteien auch Eingang in die Gesetzgebung finden. Ich sage Ihnen, warum. Mehr Meinungspluralismus hier im Parlament bedeutete, dass das für Thüringen –

egal unter welcher Couleur hier geleitet – typische Durchregieren nicht mehr so einfach möglich wäre. Um die Parlamentsmehrheit in Gesetzgebungsprozessen zu sichern, müsste man häufiger als jetzt, häufiger als in der Vergangenheit in einen echten Dialog mit den anderen Parteien treten. Die übliche trostlose Abstimmungsmechanik würde nicht mehr so reibungslos funktionieren, es würde schlicht demokratischer. Man wäre häufiger als jetzt und in der Vergangenheit gehalten, Änderungsanträge und Vorschläge aus dem Parlament in die echte politische Debatte einfließen zu lassen und auch wirklich offen in den Ausschüssen zu behandeln. Das wären die positiven Nebeneffekte, wenn hier noch mehr Parteien in diesem Rund sitzen würden.

Damit würde die Absenkung der Sperrklausel auch zu einem besseren Kräfteverhältnis zwischen den Gewalten beitragen, denn eine Absenkung der Sperrklausel stärkt das Parlament, stärkt den Parlamentarismus und stärkt damit den Volkswillen gegen die Exekutive. Schließlich stärkt natürlich die Absenkung der Sperrklausel auch die Gewaltenteilung, die wir ja alle wollen.

Bei einem wirklichen und nicht durch die Sperrklausel eingeschränkten Abbild der Meinungsvielfalt des Volkes müsste die Regierung viel stärker die verschiedenen Kräfte im Parlament berücksichtigen. Was ist jetzt schlimm daran, wenn man sich nicht mit zwei oder drei, sondern mit vier Parteien zusammensetzen muss, um Sachen durchzusetzen? Ich denke mal, dadurch wird es im Zweifel besser und nicht schlechter.

(Beifall AfD)

Und seien wir mal ehrlich, auch diese rot-grüne Koalition stützt sich doch zu einem guten Teil auf die aus der AfD stammenden, nun politisch irrlichternden Fraktionslosen Krumpe und Gentele – sind scheinbar nicht nur politisch irrlichternd, sondern heute gar nicht da – und freilich auch auf den ehrlosen Überläufer Helmerich.

(Zwischenruf Abg. Möller, AfD: Das ist ein Armutszeugnis!)

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Das sind Beleidigungen!)

Wann immer es geht – das ist ja die Folge – wann immer es geht, hätschelt und tätschelt Herr Hoff

...

(Unruhe SPD)

Vizepräsidentin Jung:

Herr Abgeordneter Brandner, ich habe Sie gewarnt. Als „ehrlos“ wird hier in diesem Haus kein Abgeordneter bezeichnet. Dafür erteile ich Ihnen einen Ordnungsruf.

Abgeordneter Brandner, AfD:

Wenn das so ist. Wozu führt das in dem Hause? Herr Hoff sitzt gerade da oben, Herr Hoff.

(Zwischenruf Abg. Hey, SPD: Sie haben das nicht zu kommentieren!)

Wenn es immer geht bei Ihnen, hätscheln und tätscheln Sie ja bekanntlich die ehemaligen AfDler, um Ihre rot-grüne Mehrheit zu erhalten. Da ist es auch fast peinlich, wie Sie schon, wenn Sie hier hineinkommen, fast einen Kotau vor diesen beiden Bänken machen, wo normalerweise Herr Krumpe und Herr Gentele sitzen.

Sie sehen also an diesem 6. Thüringer Landtag, dass die Sperrklausel die Stabilität weder negativ beeinflusst noch Instabilität verhindert. Die Zersplitterung im Parlament findet völlig unabhängig von der Parteizugehörigkeit der Abgeordneten statt – Parteizugehörigkeit Gentele, AfD; Parteizugehörigkeit Krumpe, AfD; Parteizugehörigkeit Helmerich, AfD. Übrigens, Oskar, du hast das Wahlprogramm, worin das steht, was wir jetzt hier behandeln, maßgeblich mit ausgearbeitet. Ich bin mal gespannt, wie du gleich abstimmt oder ob du auch von politischer Demenz befallen bist.

Meine Damen und Herren, es gibt zahlreiche Beispiele aus der Parlamentsgeschichte, in denen sich die Mehrheitsverhältnisse im Parlament im Laufe einer Wahlperiode geändert haben. Auf jeden Fall – und das steht fest in Thüringen – sichern heute nicht nur drei politische Kräfte in Thüringen den Fortbestand dieser Links-Regierung, sondern faktisch fünf, nämlich die Roten, die anderen Roten, die Grünen, die Krumpes und die Genteles, das sind fünf Kräfte, die sie offenbar auch unter einen Hut bekommen. Also wo soll das Problem sein, wenn zwei oder drei Parteien mehr Landtag sitzen?

Für die Stabilität der Ramelow-Regierung, leisten Benjamin Hoffs faktische Kniefälle zu Beginn jeder Landtagssitzung vor den Tischen von Herrn Krumpe und Herrn Gentele mehr als jede Sperrklausel es je vermochte, Herr Hoff ist also insoweit der Stabilitätsanker dieser Regierung.

Weil es etwas anklang, Herr Scherer, ich habe am Anfang Ihrer Vorlesung auch gefolgt: Schließlich ist auch zu berücksichtigen – und das unterstreicht die Ehrlichkeit meiner Fraktion –, machen wir diesen Vorschlag aus einer Position der Stärke. Die letzte Meinungsumfrage sah uns in Thüringen bei 19 Prozent. Die nächste wird erwartet für Ende des Monats und ich bin sicher, dass wir dann eine gute Zwei vor dem Komma haben. Aus einer Position der Stärke, wo wir in Thüringen um die 20 Prozent der Wähler hinter uns vereinigen, machen wir ganz ehrlich den Vorschlag und sagen, senken wir doch die Sperrklausel, und wissen natürlich dabei genau, dass wir dadurch die zwischenzeitlich sehr verblasste FDP parlamentarisch wieder auferstehen lassen würden. Das wäre wahrscheinlich ein Kollateralschaden, aber der macht uns nichts aus, denn wir wollen Parteien nicht durch Sperrklauseln aus dem Parlament fernhalten, sondern wir wollen sie dann im Parlament mit politischen Argumenten überzeugen und kleinhalten und das wird auch so funktionieren. Schließlich wäre nicht nur das Wiederauferstehen der FDP möglicherweise so etwas, sondern wir würden auch das parlamentarische Leben der grünen Resterampe und der SPDisten im Thüringer Landtag verlängern. Also was, meine Damen und Herren, soll daran schlecht sein?

(Beifall AfD)

Mit anderen Worten: Es gibt nur Gutes von hier vorn zu berichten. Das habe ich in den letzten 18 Minuten getan. Abschließend beantrage ich formell die Überweisung beider Gesetzentwürfe an den Innen- und Kommunalausschuss sowie an den Ausschuss für Migration, Justiz und Verbraucherschutz, wobei letzterer bitte federführend sein sollte. Vielen Dank.

(Beifall AfD)

[...]

Vizepräsidentin Jung:

Herr Abgeordneter Helmerich, da ich ja heute Herrn Brandner gegenüber so großzügig war, erteile ich Ihnen auch nur eine Rüge für den Begriff „faschistoide Tür“. Das ist auch eine Unterstellung, und deswegen haben wir jetzt den Patt hergestellt.

(Zwischenruf Abg. Becker, SPD: Das ist eine Tatsache!)

(Zwischenruf Abg. Harzer, DIE LINKE: Das ist eine Tatsache!)

Es liegen jetzt keine Wortmeldungen mehr vor – doch, Herr Abgeordneter Brandner.

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Jetzt holt er sich seine restlichen zwei Ordnungsrufe!)

Abgeordneter Brandner, AfD:

Herr Höhn, freuen Sie sich nicht zu früh! Ich bin ganz zurückhaltend. Es heißt ja: Getroffene Hunde bellen, das sieht man ja bei Ihnen.

Ich weiß gar nicht, wo ich anfangen soll. Ich fange mal bei Frau Rothe-Beinlich an. Ich sehe es schon vor mir: Frau Rothe-Beinlich: Weihnachten 2019, arbeitslos, unter dem Tannenbaum sitzend, zwei Fläschchen Rotwein vor sich, eines schon leer.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ich trinke keinen Alkohol, Sie haben ja keine Ahnung!)

Das zweite halbleer, weinend und sagend: Hätte ich mal im Juni 2017 dem AfD-Antrag auf Absenkung der Sperrklausel zugestimmt, dann müsste ich mich jetzt hier nicht dem Rotwein ergeben, sondern könnte noch meine Diäten im Thüringer Landtag abfassen.

(Beifall AfD)

So sieht Ihre Zukunft aus, Frau Rothe-Beinlich, damit müssen Sie sich anfreunden.

Anfreunden, Frau Marx, ist auch sehr schön. Dass ausgerechnet Sie als Unterstützerin einer Koalition, die sich auf Stasispitzel stützt,

(Beifall AfD)

auf Mitarbeiter, die bei der Kriminalpolizei gespitzelt haben, Thüringen – das muss man sich auf der Zunge mal zergehen lassen – mit Nordkorea vergleichen und dabei noch so kurz zu Benjamin Hoff gesplintzt haben, Frau Marx, das lässt wirklich tief blicken. Also wir sind da gar nicht weit auseinander, dass Nordkorea und Thüringen – sage ich mal – geografisch nicht gerade näher gerückt sind, aber das, was das politische Gehabe in der jeweiligen Staatskanzlei angeht – ich weiß nicht, wie bei dem Kim Jong-un, oder wie er da heißt –, wie das da in Nordkorea organisiert ist. Aber der wird auch so eine ähnliche Type wie Herrn Hoff da sitzen haben, der das ähnlich regelt.

Vizepräsidentin Jung:

Herr Abgeordneter Brandner, jetzt erteile ich Ihnen für diesen Begriff einen zweiten Ordnungsruf und ermahne Sie, beim dritten können Sie die heutige Veranstaltung verlassen.

Abgeordneter Brandner, AfD:

Also Nordkorea und Thüringen, Sie haben es auf das Tablett gebracht, Frau Marx, sind politisch tatsächlich nicht weit auseinander.

(Zwischenruf Abg. Blechschmidt, DIE LINKE: Ungehobelter Klotz da vorne! Sie sind durch keine Kinderstube gegangen!)

Ungehobelter Klotz, ist das in Ordnung? Darf er das noch mal sagen?

(Zwischenruf Abg. Blechschmidt, DIE LINKE: Ungehobelter Klotz, ich wiederhole es noch mal!)

Vizepräsidentin Jung:

Herr Abgeordneter Blechschmidt, ich rüge das auch.

Abgeordneter Brandner, AfD:

Ja, genau.

Vizepräsidentin Jung:

Herr Abgeordneter Brandner, ich sage es jetzt Ihnen noch mal. Wenn Sie hier provozieren ...

Abgeordneter Brandner, AfD:

Ich habe doch jetzt gar nichts gemacht.

Vizepräsidentin Jung:

Na, doch. Doch. Es reicht die Art und Weise Ihres Vortrags.

Abgeordneter Brandner, AfD:

Ich kommentiere das jetzt mal nicht, aber ich sage Ihnen, Frau Präsidentin, ich werde mich in die Geschäftsordnung vertiefen und gucken, was sich da zur Art und Weise eines Vortrags findet. So, wir waren bei Nordkorea stehen geblieben. Dass Frau Marx Herrn Hoff, so wie sie ihn anheimmelt ...

Vizepräsidentin Jung:

Das kann ich Ihnen gern erläutern und ich habe Ihnen schon mal gesagt, dass Sie mich nicht zu kommentieren haben. Aber ich sage es Ihnen trotzdem.

(Zwischenruf Abg. Hey, SPD: So ist das!)

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das hat einfach etwas mit Anstand zu tun und was Sie hier machen, hat nichts mit Ihrem Gesetzentwurf zu tun, sondern mit Beleidigung von in diesem Haus anwesenden Menschen und Abgeordneten und Ministern.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Abgeordneter Brandner, AfD:

Also ich bedanke mich untertänigst für Ihre wertvollen Hinweise, Frau Präsidentin und werde sie ab jetzt beherzigen.

Vizepräsidentin Jung:

Dafür erteile ich Ihnen jetzt den dritten Ordnungsruf, weil ich Sie ermahnt habe, mich nicht zu kommentieren und jetzt verlassen Sie das Rednerpult

(Beifall CDU, DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Abg. Gentele, fraktionslos)

und den Raum.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Woraus rechtfertigt sich denn der Ordnungsruf?)

Auch Ihnen Herr Fiedler kommentiere ich das sehr gern. Herr Brandner hat meine Anweisung, mich nicht zu kommentieren, wieder getan und deswegen hat er den dritten Ordnungsruf bekommen und jetzt hat Minister Hoff das Wort.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Ich hoffe, Sie haben das jetzt verstanden.